



Jung: Das beste Landesmobilitätsgesetz ist kein Landesmobilitätsgesetz

Bürokratie und Gesamtkosten von 11 Millionen Euro sind unverantwortlich.

Im Zusammenhang mit der ersten Beratung des Gesetzentwurfs zum Landesmobilitätsgesetz (Drucksache 17/8021) sagte der verkehrspolitische Sprecher der FDP/DVP-Fraktion im Landtag von Baden-Württemberg, **Dr. Christian Jung**:

„Das Landesmobilitätsgesetz ist völlig aus der Zeit gefallen und muss, wenn es verabschiedet wird, schnellstmöglich wieder abgeschafft werden. Wir Freie Demokraten werden dafür kämpfen. Rechnet man die einmaligen und laufenden Kosten zusammen, ergibt das rund 11 Millionen Euro. Es ist unverantwortlich, solche Lasten dem Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg aufzubürden. Sind die Grünen denn noch immer nicht in der neuen Realität angekommen? Wir müssen unser Land für Krisen resilient machen und nicht von einer Heile-Sonnenblumen-Fahrradwelt träumen. Der Präsident des Landkreistags Joachim Walter hat sich völlig zu Recht gegen die Einführung der Radverkehrskoordinatoren gewandt. Mit dem goldenen Zügel von A-12-Beamtenstellen will das Verkehrsministerium in der Radverkehrspolitik bei den Kreisen durchregieren. Auch die Regelungen zum Euphemismus Mobilitätspass sind eine Einladung zu Abgrenzungsproblemen, irrsinniger Bürokratie und Ungerechtigkeiten im Land. Wird eine Halterabgabe eingeführt, ist jedes Unternehmen, das Firmenfahrzeuge hat, in der Pflicht zu zahlen, ohne einen konkreten Vorteil zu haben. Oder glaubt unser grüner Verkehrsminister, dass der Außendienst jetzt mit Bus und Bahn fährt? Dieses Gesetz ist in der jetzigen Zeit geradezu Gift. Die wenigen sinnvollen Dinge, wie Mobilitätsdaten, werden heute im Ministerium schon gemacht und die Ausbaustufen könnte man ganz ohne Gesetz machen. Einmal mehr gilt: Wenn es nicht nötig ist, ein Gesetz zu machen, ist es nötig, kein Gesetz zu machen.“